

Kleine Anfrage

Kontensperrungen in AIA-Partnerstaaten

Frage von Landtagsabgeordneter Christoph Wenaweser

Antwort von Regierungschef Adrian Hasler

Frage vom 05. Dezember 2018

Seit dem 1. Januar 2018 ist der automatische Informationsaustausch mit Costa Rica in Kraft. Dennoch wurden die Konten eines nach dort ausgewanderten, angesehenen ehemaligen Unternehmers, Schweizer Staatsbürger und ehemals auch in Liechtenstein wohnhaft, von seiner dortigen Bank vor Kurzem gesperrt. Die Begründung lautet, es würden Gelder von einer liechtensteinischen Bank dorthin transferiert und Liechtenstein sei ein Steuerparadies. Dazu meine Fragen:

1. Was kann die Regierung tun, um solche Gebaren in AIA-Partnerstaaten zu unterbinden?
2. Wie kann die Regierung beziehungsweise welche liechtensteinischen Behörden können in welcher Weise bei solchen Vorkommnissen die Interessen liechtensteinischer Banken und ihrer Kunden wahrnehmen?
3. Sind der Regierung solche und ähnliche Vorkommnisse aus anderen AIA-Partnerstaaten ebenfalls bekannt?

Antwort vom 06. Dezember 2018

Zu Frage 1 und 2:

Die Regierung bedankt sich für den Hinweis auf diesen konkreten Sachverhalt. Ob es sich dabei in Bezug auf Costa Rica um ein generelles Problem oder um einen Einzelfall handelt, kann auf der Grundlage ihrer Anfrage nicht beurteilt werden. Die Regierung wird den Sachverhalt klären, insbesondere ob es sich um eine staatliche Benachteiligung liechtensteinischer Unternehmen oder eine geschäftspolitisch bedingte Entscheidung einer einzelnen Bank handelt.

Welche Schritte seitens der Regierung, der liechtensteinischen Behörden oder allenfalls auch der Verbände gesetzt werden können, ist im Einzelfall zu prüfen. Für den konkreten Fall empfehlen wir die Kontaktaufnahme mit meinem Ministerium, sodass wir die weiteren Abklärungen koordinieren können.

In diesem Zusammenhang verweise ich auch darauf, dass die Regierung eine Task Force zur Bearbeitung von Beschränkungen liechtensteinischer Marktteilnehmer im Ausland eingerichtet hat. Gemeinsam mit den Verbänden wurde ein Vorgehen definiert, über welches solche Meldungen eingebracht und dann bearbeitet werden. Die Regierung misst dem Abbau dieser Beschränkungen hohe Bedeutung zu.

Zu Frage 3:

Nein. Der Regierung sind keine solchen oder ähnlichen Vorkommnisse bekannt.